

PolitRadar der fmCh

Die Wintersession 2013 (25.11. – 13.12.2013)

Montag, 25. November 2013

Der Ständerat in Kürze

- **MEDIZINSTUDIUM:** Der Numerus clausus für das Medizinstudium bleibt bestehen. Der Ständerat hat ohne Gegenstimme eine Motion aus dem Nationalrat abgelehnt, welche die Zulassungsbeschränkungen bodigen wollte. Zwar ging der Ständerat mit den Nationalrat darin einig, dass bei der Ärzteausbildung Handlungsbedarf besteht. Abgelehnt hat er den Vorstoss aber, weil er die Anstrengungen von Bund und Kantonen anerkennt. Zwischen 2000 und 2010 wurde die Anzahl Studienplätze für Humanmedizin um 15 Prozent erhöht. Für das Nein waren aber auch föderalistische Gründe ausschlaggebend: Der Numerus clausus liegt in der Kompetenz der Hochschulen oder ihrer kantonalen Träger.

Donnerstag, 28. November 2013

Der Ständerat in Kürze

- **TRANSPLANTATIONEN:** In der Schweiz sterben jedes Jahr Dutzende von Menschen, weil kein Spenderorgan zur Verfügung steht. Aber auch in Zukunft dürfen Organe einer verstorbenen Person nur dann entnommen werden, wenn sie oder allenfalls die Angehörigen zugestimmt haben. Der Ständerat hat am Donnerstag einen Wechsel zur Widerspruchslösung abgelehnt. Mit dieser könnten Organe entnommen werden, sofern sich eine Person vor dem Tod nicht ausdrücklich dagegen ausgesprochen hat. Viele Ratsmitglieder sahen dadurch aber die Persönlichkeit in Gefahr. Ausserdem gab es verbreitete Zweifel, ob der Systemwechsel das gewünschte Resultat bringen würde. Die übrigen Änderungen des Transplantationsgesetzes waren unbestritten.

Mittwoch, 4. Dezember 2013

Der Nationalrat in Kürze

- **KRANKENVERSICHERUNG I:** Der Nationalrat hat am Mittwoch mit 137 zu 35 Stimmen bei 17 Enthaltungen den Risikoausgleich fix im Krankenversicherungsgesetz (KVG) verankert. Er gibt dem Bundesrat die Kompetenz, zusätzliche Kriterien für die Abbildung des erhöhten Krankheitsrisikos auf dem Verordnungsweg zu ergänzen. Auf Verlangen der SVP hin muss er allerdings zuvor die Krankenkassen anhören und die neuen Kriterien auf ihre Wirkung hin analysieren. Im KVG sollen neu nur Alter und Geschlecht festgehalten werden. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.
- **KRANKENVERSICHERUNG II:** Der Nationalrat hat die Beratungen zu einem neuen Aufsichtsgesetz über die soziale Krankenversicherung aufgenommen. Aus Zeitgründen fällte er aber keinen Entscheid und verschob die Diskussionen auf Donnerstag. Die geplante schärfere Aufsicht ist stark umstritten. Die SVP will nicht darauf eintreten. FDP, BDP und eine Mehrheit der CVP wollen das Gesetz an den

Bundesrat zurückweisen mit dem Auftrag, einige Punkte in das existierende Krankenversicherungsgesetz zu integrieren. Eintreten wollen die Linke sowie eine Mehrheit der GLP. Der Ständerat hat das Gesetz zwar gegenüber dem Bundesratsvorschlag abgeändert, aber gutgeheissen.

Donnerstag, 5. Dezember 2013

Der Nationalrat in Kürze

- **KRANKENKASSEN:** Der Bundesrat soll bei der verschärften Aufsicht für Krankenversicherungen über die Bücher. Der Nationalrat hat am Donnerstag das neue Aufsichtsgesetz mit 98 zu 83 Stimmen bei 6 Enthaltungen zurückgewiesen. Die bürgerliche Ratsmehrheit beurteilte den vom Bundesrat eingeschlagenen Weg als den falschen. Die Linke und Bundesrat Alain Berset setzten sich für das Gesetz ein, das dem Bund unter anderem die Möglichkeit geben soll, zu hohe Prämien abzulehnen. Verbunden ist die Rückweisung mit dem Auftrag, einzelne Punkte zur Aufsicht im Krankenversicherungsgesetz (KVG) zu "ergänzen". Dabei handelt es sich um weniger umstrittene Punkte. Das Geschäft geht zurück an den Ständerat, der das Gesetz gutgeheissen hatte.

Montag, 9. Dezember 2013

Der Ständerat in Kürze

- **KRANKENKASSEN:** Die Initiative "für eine öffentliche Krankenkasse" hatte am Montag in der kleinen Parlamentskammer nicht den Hauch einer Chance. Nur 13 Ständerätinnen und Ständeräte empfehlen sie dem Volk zur Annahme. 28 wollen nichts von einer Einheitskrankenkasse wissen, einige anerkennen aber Handlungsbedarf. Vor allem bürgerliche Politikerinnen setzten sich für das heutige System mit 61 Krankenversicherern ein und hielten den dadurch möglichen Wettbewerb hoch. Die Befürworter argumentierten vergeblich mit Transparenz, Kosteneinsparungen und dem Ende der Jagd auf gute Risiken.
- **OPERATIONEN:** Wie die Zahl überflüssiger Operationen reduziert werden könnte, ist aus Sicht von Gesundheitsminister Alain Berset eine wichtige Frage. Allerdings sei es schwierig, Kriterien festzulegen, sagte Berset im Ständerat. Pirmin Bischof (CVP/SO) hatte die Diskussion mit einer Interpellation angestossen. Gemäss einer OECD-Studie liegt die Anzahl bestimmter Operationen pro Kopf der Bevölkerung in der Schweiz deutlich höher als in anderen Staaten etwa beim Kaiserschnitt, der Gebärmutter- und Prostataentfernung, dem Hüftersatz und der Blinddarmentfernung. Es stelle sich die Frage, ob die Operationen stets im Sinne der Patienten seien, sagte Bischof. Hier sei auch der Staat in der Pflicht.

Mittwoch, 11. Dezember 2013

Der Nationalrat in Kürze

- **KRANKENVERSICHERUNG:** Die Krankenversicherungspflicht soll weiterhin auch für Sans-Papiers und abgewiesene Asylsuchende gelten. Der Nationalrat hat eine parlamentarische Initiative abgelehnt, mit welcher Lukas Reimann (SVP/SG) dies ändern wollte. Reimann argumentierte, eine Grundversicherung für Personen, die sich rechtswidrig in der Schweiz aufhielten, sei problematisch. Es handle sich geradezu um eine Einladung, vom Gesundheitssystem zu profitieren. Auf eine medizinische

Grundversorgung hätten die Betroffenen auch ohne Versicherungspflicht das Recht. Die Mehrheit fand jedoch, eine Änderung wäre problematisch. Wer nicht versichert sei, neige dazu, bei einer Erkrankung erst spät einen Arzt aufzusuchen. Dadurch könne die Behandlung wesentlich teurer werden.

Der Ständerat in Kürze

- **ORGANSPENDE:** Die Bereitschaft, im Todesfall Organe zu spenden, soll weder im Pass noch auf der Identitätskarte oder auf dem Führerausweis vermerkt werden. Der Ständerat hat eine entsprechende Motion aus dem Nationalrat knapp mit 14 zu 12 Stimmen abgelehnt. Amtliche Dokumente seien für einen entsprechenden Verweis "schlicht und einfach nicht geeignet", erklärte Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Sie verwies auf die neue Versichertenkarte, auf welcher ein Verweis vermerkt werden könne. Eine sinnvolle Lösung könne im Rahmen der laufenden Arbeiten am elektronischen Patientendossier gefunden werden, sagte Kommissionssprecherin Christine Egerszegi (FDP/AG).

Quelle: sda

•